

Neuer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“.
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Säuer in Hofleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hofleben.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen lohnen: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellamittel 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Hedra — Sparverein Actern.

Nr 28

Sonnabend, den 5. März 1932.

45. Jahrgang

Ein Schritt Lardieus.

Sollunion zwischen Oesterreich, Ungarn und der kleinen Entente?

Wien, 4. März.
Aus einer Auslosung des Parier „Temps“ geht hervor, daß Lardieu gleichzeitig auch im Namen Englands und Italiens bei seinem letzten Aufenthalt in Genf den Vertretern von Oesterreich, Ungarn und der kleinen Entente den Vorschlag einer Sollunion auf dem Wege von Vorgesprächen empfohlen hat.

Die „Reichspost“ schreibt hierzu u. a.: Es berührt sympatisch und trifft den heißen Kern der Frage, wenn mit aller Offenheit die Berliner Auslosung die Notwendigkeit betont, alle politischen Sintergebanen und Pläne dabei auszuschalten, und den Urtand aller bisherigen Sintergebanen für eine wirtschaftliche Sintergebanung im Donauraum darin erblickt, daß durch eine Wirtschaftsentente der einzelne Staat in eine bestimmte Machtgruppe hineingezogen werden könnte. Die Donauatlanten schweben nicht losgelöst im europäischen Raum.

Es ist für Oesterreich ein ökonomisches Gesetz, daß es zu Bedenken seiner heutigen Lage nicht ohne einen weitgehenden Auseinanderziehung mit Ungarn und den Staaten der kleinen Entente handeln auch mit Deutschland beabsichtigt. Es würde nicht zum Ziele führen, wenn durch die Abrede der drei Mächte, die Deutschland nicht einschloß, irgendeine der Anstöße erreicht würde, als ob Deutschland bei einer wirtschaftlichen Sintergebanung mitteleuropäischer Art nicht am Wort hätte. Man darf wohl annehmen, daß dies auch nicht die Absicht war.

Lardieus Anschlag auf die Donau.

Lardieu ist ein ausgezeichnete Diplomat. Nicht nur das Instrument der Innenpolitik beherrschte er meisterhaft, auch die Außenpolitik ließ sich ihm vollkommenem Spielraum. In der kurzen Zeit, in der er als Nachfolger Bismarcks die Geschäfte der französischen Politik leitete, hat er eine Aktion entwickelt, die mehr als ein Blick verdient. Sein neuester Coup ist eine neue Aktion, ein neuer Anschlag auf die Donau. Geradezu demonstrierte hat er einen Kollektivvertrag bei Oesterreich, Ungarn und der kleinen Entente unterzeichnet. Scheinbar harmlos und ohne Tendenz. Er läßt sich nur „informieren“ über die Absichten der Donauatlanten. Selbstverständlich ohne jeden politischen Sintergebanen.

Schon die Tatsache dieses Kollektivvertrages bei den früheren Staaten der österröchlich-ungarischen Monarchie ist tendenziös.

Diese Aktion trägt ganz offen ihre Spitze gegen Deutschland zu Schau. Das hat man in Wien denn auch sofort in diesem Sinne empfunden. Die Wiener Presse wendet sich mit aller Energie gegen diesen Vertrag. Oesterreich gegen die Absicht auszuliefern. Aber nicht darin nur den Versuch zu einer umgekehrten Sollunion. Aber wer wundert sich darüber? Schon einmal hat Frankreich es verstanden, Oesterreich zu einem politischen Lausobjekt zu machen, wenn es darauf ankam, Dinge mit Deutschland auszuhandeln, die nun einmal mit Deutschland ausgehandelt werden müssen.

Die Aktion ist wohlüberdacht.

Schon bei der letzten Wiener Kabinetsstunde, die zu einer Ausübung der Großdeutschen geführt hat, hat man Zusammenhänge internationaler Art gemittelt. Diejenigen, die es empfanden, werden ihre Befürchtungen von damals heute nur bestätigt finden. Aber dennoch: kein Wiener Kabinett, auch das jetzige nicht und auch kein fünftägiges, kann es wagen, die deutsche Sache in Oesterreich aufzugeben. Frankreich muß der Eintrückungstimm in der österröchlichen Öffentlichkeit zu denken geben. Frage, ob Lardieu im Ernst überhaupt an eine Verwirklichung der Donauatlanten glaubt. Hier könnte die offizielle Versicherung des „Temps“, Frankreich hege keine politischen Sintergebanen, ihren Sinn bestimmen.

Schlüssig trennen uns nur ein paar Monate, schicksalsschwere und entscheidungsreiche Monate allerdings, von den zwingenden deutsch-französischen Verhandlungen über die Reparationsfrage und über das europäische Wirtschaftsproblem überhaupt. Sollte Frankreich dann bereit sein, auf die Verfolgung der Donauatlanten zu verzichten. „? Die deutsche Regierung wird wachsam sein müssen.“

In diesem Zusammenhang ein Wort über das Schwimmen gewisser Missionisten in Wien. Kein Wort hat man dort rechtzeitig vernommen über die Demarche Lardieus. Und es ist bezeichnend, daß von Wien her die Frage kommt, ob denn die österröchliche Regierung Berlin über alles informiert habe. Lardieu hat selbst in Wien die Demarche angebahnt, die jetzt erfolgt, und noch einmal fragt man in Wien: Ist Berlin hierüber in allen Einzelheiten informiert worden? Aber trotzdem: kein Mensch hat Vorsorge, wohl aber Verlaß auf das Wahrsagende. Die französische Taktik, die sich hier zeigt, ist auf all, daß man sich nicht mehr begeben könnte. Lardieus Griff nach der Donau wird so lange scheitern, solange in Oesterreich die überwiegende Mehrheit deutsch denkt. Und daran wird sich nichts ändern.

Oesterreich soll geholfen werden.

Deutschland ist zu Folgeverhandlungen bereit.

Wien, 4. März.
Der Bundeskanzler Dr. Buresch hat am 16. Februar 1932 an die Gefandten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens den Appell gerichtet, Oesterreich zu helfen.

Bemühungen zur Besserung seiner wirtschaftlichen Lage zu unterstützen. Der deutsche Gefandte Dr. Rich hat daraufhin dem Bundeskanzler erklärt, daß Deutschland zur Aufnahme alsbaldiger Verhandlungen bereit wäre.

Zur Einstellung des Bierstreits.

Hamburg streift weiter.

Berlin, 4. März.
Der Ortsausschuß des Gastwirteverbandes (Gastwirteverband) hat beschließen, seinen Mitgliedern die Einstellung des Bierstreits ab Donnerstag früh zu empfehlen. Der Beschluß ist aufhändig gekommen, nachdem durch Vermittlung der Handelskammer der Regierungseite bestimmte Zusagen gegeben worden sind. Damit wird in den Verhandlungen nicht nur der Frage der Biersteuer sondern auch den übrigen Forderungen der Gastwirte bezüglich des Schankstättengesetzes und des Rahmengesetzes zum Luftverkehrssteuergesetz nähergetreten werden.

Vom Ortsausschuß des Gastwirteverbandes wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß es sich lediglich um eine Unterbrechung des Bierstreits, also lediglich um einen Waffenstillstand handelt. Sollten die Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, so würde der Bierstreit sofort wiederaufgenommen, und zwar wäre dann mit einer Ausdehnung der Streikbewegung auch auf das Reich zu rechnen. In Hamburg wird der Bierstreit zunächst noch fortgesetzt.

Sperre für ausländische Landarbeiter.

Abfluß einer fünfjährigen Periode.

Berlin, 4. März.
Nachdem der Reichsrat dem Antrag des Reichsarbeitsministers zugestimmt hat, nach dem 1932 ausländische Landarbeiter nicht mehr nach Deutschland herbeigeleitet werden dürfen, haben sich die Ausländer in Deutschland, von denen über ein Millionen sind, auf die Möglichkeit im laufenden Jahr Deutschland zu verlassen. Außerdem bleiben etwa 32 000 Inhaber von Besitzungsbescheinigungen im Lande. Nach amtlichen Angaben sind diese Inhaber überwiegend deutschstämmig.

Da dem jetzigen Beschluß der Reichsregierung und des Reichsrats ist eine fünfjährige Einweisung erteiligt worden, die ursprünglich nur als Spezialkräfte für die großen Jüderrückgeheile bestimmt waren, allmählich aber weiter vorgetragen, betrug 1888 etwa 40—50 000, fiel allmählich und erreichte den Höchststand von 480 000 im damaligen Reichsgebiet. 382 000 im jetzigen im Jahre 1914. 1930 betrug das Kontingent noch 109 000, 1931 50 000. Das schrittweise Vorgehen ist aus außenpolitischen wie aus agrarpolitischen Gründen, um insbesondere den Jüderrückgeheile nicht zu gefährden, notwendig gewesen. Es mag dahingestellt bleiben, ob nicht ein energischeres Vorgehen früher möglich gewesen wäre, jedenfalls ist es gut, daß es jetzt erfolgt ist.

England erwägt Sondermaßnahmen.

England und die deutsche Kohleneinfuhrbeschränkung.

London, 4. März.
Im englischen Unterhaus ging der Schatzkanzler Neville Chamberlain auf die deutsche Kohleneinfuhrbeschränkung ein. Hierbei hatte er betont, daß diese deutschen Maßnahmen auf eine unterschiedliche Behandlung der englischen Kohle hinausläufen. Die englische Regierung könne die Folgen dieser Maßnahmen für die englische Industrie nicht unbeachtet lassen.

Diese Erklärung Chamberlains wird in der Londoner Presse mit großem Beifall aufgenommen. Nach Berechnungen der „Times“ sind durch die Maßnahmen Frankreichs, Deutschlands und anderer Staaten die Absatzmöglichkeiten für die englische Kohle um 8,45 Millionen Tonnen im Jahr verringert worden. „Daily Telegraph“ stellt fest, daß infolge der deutschen Maßnahmen die Einfuhrmöglichkeit für englische Kohle nach Deutschland auf 1½ Millionen Tonnen gegenüber 9 Millionen Tonnen vor dem Krieg und auf etwa 25 % der regelmäßigen Nachtriagslieferungen abgedrosselt werde. Obwohl Deutschland großen Uberschuß an Kohle habe, könne es doch die englische Kohle nicht erziehen, da diese hauptsächlich Gaststoffe sei, an der es in Deutschland fehle. Die englische Regierung habe alle Ursache, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und darauf hinzuwirken, daß die deutschen Maßnahmen Sondermaßnahmen gegen England seien. „Daily Mail“ fordert Anwendung der Bestimmungen über Wiederergänzungsmassnahmen, die im Zollgesetz enthalten seien. Auch „Daily Express“ weist auf diese Möglichkeiten hin.

Bergeltungsmaßnahmen in Warschau?

Polens Standpunkt zum Oesterreich.

Warschau, 4. März.
Zu den bevorstehenden deutsch-polnischen Unterhandlungen, die im Zusammenhang mit dem deutschen Oesterreich in Warschau geführt werden sollen, erklärt die holländische Astra-Agentur, daß durch diesen Meinungsaustrausch in keiner Weise die Grundlage des deutsch-polnischen Handels-

vertrages vom 17. März 1930, der von Polen ratifiziert wurde, verändert werden könne.“ Weiter heißt es, „An betrag der Tatsache, daß der Handelsvertrag von Polen ratifiziert wurde, steht die polnische Regierung auf dem Standpunkt, daß der deutsche Oesterreich keine Anwendung in Bezug auf die polnische Ausfuhr nach Deutschland finden darf.“

Ferner wird noch einmal herorgehoben, daß, falls der deutsche Oesterreich gegen Polen in Kraft treten sollte, Polen zu gleichen Maßnahmen imstande und den polnischen Höchstzoll für die deutsche Ausfuhr nach Polen einführen werde. Deutschland habe es bis jetzt verstanden, den Handelsvertrag mit Polen zu ratifizieren.

Genf — China und Japan.

Genf, 4. März.
Die von der chinesischen Regierung auf Grund des Artikels 15 des Wüfung-Vertrages einberufene außerordentliche Vollversammlung des Wüfung-Vertrages, die zweite in der Geschichte des Bundes, ist unter starker Teilnahme des Publikums durch den amtierenden Präsidenten des Wüfung-Vertrages Paul-Boncour eröffnet worden.

Die Versammlung tagt in dem üblichen Rahmen der ordentlichen Wüfung-Verammlung. Alle 52 Mitgliedsstaaten des Wüfung-Vertrages sind vertreten, Deutschland durch den Gefandten von Weisjäger.

Paul-Boncour

wies einleitend darauf hin, daß die erste außerordentliche Vollversammlung im Jahre 1926 stattfand, um eine große europäische Wüfung, Deutschland, in den Wüfung-Vertragsländern. Auch damals bestanden große Schwierigkeiten, die jedoch überunden worden seien. Seitdem habe die Wüfung-Vertragsländer durch den Wüfung-Vertrag, die zweite außerordentliche Wüfung-Verammlung angenommen. Es sei nun möglich, heute den Ernst der Lage und die Tragik der Ereignisse mitzuerkennen. Der Kanonenschuß im Fernen Osten drohe den gleichen Umlauf herbeizuführen, wie der Anfang von Serajewo. Ohne Wüfung-Vertrag hätte der Streit in seiner Ausdehnung und Schnelligkeit einen ganz anderen Charakter angenommen.

Japans neue Bedingungen.

Auch die Wüfung-Forts in japanischen Händen.

Schengai, 4. März.
Wie das japanische Hauptquartier allmählich mitteilt, haben die japanischen Truppen nach heftigem Artillerieeuer die Wüfung-Forts erobert. Der Befehlshaber der Wüfung-Forts und der im Dorf Wüfung sitzende chinesische General wurde hinfällig getötet, den Rückzugsbefehl des Generals Tsai durchzuführen. Die chinesischen Truppen um die Wüfung-Forts wurden von den japanischen Truppen vollkommen abgesehen. In einer amtlichen japanischen Verlautbarung werden neue Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten gefälliggegeben.

Danach verlangt Japan jetzt, daß die Zurückziehung der Truppen zuerst von den Chinesen durchgeführt werden muß. Erst wenn die Chinesen ihre Truppen über die 20-Kilometer-Zone hinaus zurückgenommen hätten, sei Japan bereit, die Feindseligkeiten für eine gewisse Zeit einzustellen. Nach Einstellung der Kampfhandlungen könnten dann die Einzelheiten für eine endgültige Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den chinesischen und japanischen Militärabteilungen vereinbart werden. Außerdem müsse in dieser Zeit eine Vermittlungs-Konferenz in Schengai stattfinden, an der auch die neutralen Mächte teilnehmen sollten.

China zum Waffenstillstand bereit.

Der chinesische Gefandte Yen hat dem Vizepräsidenten Paul-Boncour eine Note übermittelt, in der sich die chinesische Regierung bereit erklärt, sofort einen Waffenstillstand auf der Grundlage der gegenseitigen und gleichzeitigen Zurückziehung der Truppen abzuschließen. In der Note macht der chinesische Gefandte darauf aufmerksam, daß Japan auf den Vorfall des Wüfung-Vertrages vom 29. Februar nicht geantwortet habe, vielmehr von neuem Truppen im Schengai internationalen Konzeptionsgebiet gelandet habe und zu einem neuen großen Angriff geschritten sei. Unter diesen Umständen müsse an der Unrichtigkeit der japanischen Regierung ernsthaft zweifelt werden.

Einstellung der Feindseligkeiten.

Die japanische Abordnung hat kurz vor dem Zusammenbruch der außerordentlichen Vollversammlung des Wüfung-Vertrages bekannt, daß nach Leben aus Schengai eingetroffenen Telegrammen das japanische Truppenkommando die Feindseligkeiten eingestellt habe. Die japanischen Truppen würden in den eingezeichneten Stellungen verbleiben, jedoch den Kampf nur dann wiederaufnehmen, wenn von chinesischer Seite ein Angriff erfolge.

Der japanische Generalkonful in Schengai teilte mit, daß das Ziel der militärischen Maßnahmen, die Sicherung des Lebens und Eigentums der Japaner, erreicht sei und deshalb das Vorgehen eingestellt werde.

Die mandchurische Abordnung bei Kaiser Puyi. Nach einer russischen Meldung aus Dairen ist dort eine Abordnung des mandchurischen Staates eingetroffen, um



Diplomatische Verjüngung.

Das große Revirement im 22. J.

Berlin, 4. März.

Nachdem das vergangene Jahr weitestgehend Veränderungen im Auswärtigen Dienst nicht gebracht hat, wird in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes gegenwärtig an einer Umgestaltung gearbeitet, die einem großen Revirement gleichkommt.

Das Bestreben dürfte dabei vor allem sein, befähigte jüngere diplomatische Kräfte in Auslandsstellen zu bringen und die Erfahrung bereifter Diplomaten der zentrale Dienstbar zu machen. Das Revirement wird schon deshalb notwendig, eine Reihe von Diplomaten aus Altersgründen ausscheiden zu müssen.

Die Änderungen betreffen in verjüngter Weise die diplomatischen Vertretungen in Mittel- und Südamerika. Enghaltige Entscheidungen über die Neubesetzung liegen im Augenblick noch nicht vor. Es wird angenommen, daß das Revirement Ende April wirksam werden wird. An Veränderungen ist u. a. geplant: Der bisherige Chef des Protokolls, Graf v. C. 11 e i n d a u, wird für eineinhalb Jahre in den Auslandsdienst ausgeschieden, und zwar wird er entweder den Geländeten Zietelman in Haavana oder den Geländeten Dr. Steinbach in Caracas (Venezuela) erheben. Als sein Nachfolger für das Amt des Chefs des Protokolls wird der Dirigent in der Personalabteilung der Reichsregierung, Geheimrat v. a. u. u. a. n. n. genannt. Der deutsche Gesandte in Brasilien, K n i p p n g, wird voraussichtlich in den Ruhestand treten, und insfolgedessen wird der Posten in Rio de Janeiro neu besetzt werden. Für diesen Posten ist eine bekannte politische Persönlichkeit in Auslandsdienst genannt. Eine Neubesetzung dürfte auch in Santiago (Chile) eintreten, und zwar ist geplant, daß der Vertreter für Südamerika im Auswärtigen Amt, Geheimrat v. R e i s w i g, den Geländeten Dr. Oshausen erhebt, und schließlich ist geplant, daß der Vortragende Legationsrat K ö n i g im Auswärtigen Amt die deutsche Gesandtschaft in La Paz (Bolivien) übernimmt. Ob und wie weit Veränderungen in Romo und Bangkok eintreten werden, ist noch nicht entschieden.

Schulheiß-Dahenhofer-Prozess.

Berlin, 4. März.

Im Schulheiß-Dahenhofer-Prozess plädierte Rechtsanwält Professor Dr. Alberg für den angeklagten Generaldirektor Kagenellenbogen, gegen den der Staatsanwalt ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe beantragt hat. Professor Dr. Alberg legt ihm lebhaft in rechtlicher Beziehung mit der Staatsanwaltschaft auseinander.

Entseferung und Betriebserhaltung.

Die Reichsregierung hat mit Unterstützung der Düngeindustriellen zur Sicherung der Frühlingsdüngung und Saatgutversorgung eine Düngegarantie in Höhe von 80 Millionen RM. vereinbart, die jedem Jährest vom Ankauf des notwendigen Frühlingsdüngers nicht nur die vollständige Deckung sichert und dem Handel die Möglichkeit bietet, den Düngebedarf zu decken. Es ist zur Lebensfrage des deutschen Volkes geworden, ob es sich aus eigener Scholle ernähren kann; nicht nur, daß nach amtlichen Berechnungen bei unzureichender Frühlingsdüngung durch die Getreuernte der Brotbedarf erheblich ansteigt, sondern daß die Ernte 1933 fehlt, die Regierung würde auch gezwungen sein, sofort die Hilfe zu suchen, um die fehlenden Produkte nicht aus dem Ausland zu beschaffen, was unausführbar wäre. Der Düngebedarf für Land, Gärten, Obst- und Weinbau ist schon heute fast ausschließlich durch die Düngemittelindustrie zu decken. Die Düngemittelindustrie ist heute in der Lage, die Düngemittel aus eigener Scholle zu gewinnen, und zwar in einer Menge von 200 Millionen Tonne, während der Düngebedarf nur bei 120 Millionen Tonne liegt. Die Düngemittelindustrie ist heute in der Lage, die Düngemittel aus eigener Scholle zu gewinnen, und zwar in einer Menge von 200 Millionen Tonne, während der Düngebedarf nur bei 120 Millionen Tonne liegt.

Düngeaufwand in RM.	Durchschnittlicher Düngereinsatz in je ha	Durchschnittlicher Düngereinsatz in je ha
Betrieb I: im Jahre 1929	45	2,0
im Jahre 1931	41	6,0
im Jahre 1932	41	16,0
Betrieb II: im Jahre 9.9	20	14,3
im Jahre 1930	23	8,5
im Jahre 1931	23	16,2
Betrieb III: im Jahre 1929	28	7,1
im Jahre 1930	28	18,5
im Jahre 1931	15	15,3

Eine ausreichende Dünge bewirkt deshalb Ernteerträge und betriebserhaltung. Dabei ist zu beachten, daß nach Möglichkeit die Kaliumdüngung noch vor der Frühjahrsaussaat gegeben wird; ist beim Wintergetreide die Düngung im Herbst unterlassen, so kann die Ernterücklage durch die Düngung im Frühjahr nachgeholt werden.

Bekämpfung des Nebeneinkommens

Zwischen einem früheren Bankrat in N. und der Steuerbehörde war Streit darüber entstanden, ob und in welcher Höhe für die Jahre 1925 und 1926 Bezüge des Landrats als einmündigenverpflichteten zu behandeln oder als Dienstleistungsbezüge zu qualifizieren. Die Finanzverwaltung hatte sich für letzteres entschieden, daß der Beamtenverpflichtete in den beiden Jahren als Beamter zu behandeln ist, was zu dem Ergebnis führte, daß die Einkommensteuer für die Jahre 1925 und 1926 auf 3000 Mark festgesetzt wurde, während die Einkommensteuer für die Jahre 1925 und 1926 auf 4000 Mark und im Jahre 1926 auf 7000 Mark festgesetzt worden waren. Das Finanzgericht hat entschieden, daß nach Paragraph 36 Abs. 2 EStG. zu prüfen ist, ob die Bezüge als Dienstleistungsbezüge zu qualifizieren sind. Der Reichsfinanzhof hat in einem Urteil die Rechtsbeschwerde als nicht begründet zurückgewiesen. Hat der Arbeitnehmer ohne Lohnsteuerzahlung eine volle Lohnsteuerpflichtige Arbeitsleistung erhalten, so ist es nicht möglich, wenn nachträglich die Lohnsteuer aus dem erzielten Gehalt von ihm nachgefordert wird. Besondere Ausnahmen können in Frage kommen, sind aber hier nicht gegeben.

Was die Glasvitrine erzählt

Das besondere Schmuckstück fast jeder Wohnung ist die Glasvitrine. Sie ist vornehmlich der Stolz der Hausfrau, die ihre Porzellanstücke ihrer Stoffschätze und Juwelen darin verewahrt. Manchmal aber auch kann uns der Inhalt solcher einer Vitrine allerlei erzählen. Ereignisse und Freudentage vergangener Zeiten spiegeln sich darin wieder. Zwei große Tassen mit reichlich viel Goldmalerei sind die einzigen überlebenden Zeugen von der goldenen Hochzeit der Eltern oder Großeltern; dort ganz vorn sieht ein kleines Messingstückchen mit der Aufschrift: „Gruß aus Bad Reichenhald.“ Jedes Mal, wenn die Hausfrau dieses Tässchen betrachtet, dann denkt sie an die schöne Zeit, da man sich noch eine Reise ins Bad leisten konnte. Ein anderes Messingstückchen hatte man sich vom letzten Nordseereste mitgebracht, und dann folgen all die kleinen Aufmerksamkeiten und Annahmestücke, die liebe Freunde und Bekannte von ihren eigenen Reisen mitbrachten. In einer Ecke, etwas abseits von dem übrigen Geschütz steht ein umfangreiches großes Gefäß. Es ist eine Porzellan- oder Glasvitrine, die an der einen Seite mit Porzellan Nachmittagskaffee geschlossen haben soll, und wieder an einer anderen Stelle in der Vitrine steht ein kleines hölzernes Tässchen mit der Aufschrift: „Anstehen lieben Mägden zur Laute!“ „Baten Ehrd und Friebe!“ Wehmutsvoll zeigt uns die Hausfrau dieses Tässchen. „Ja, ja, das war, als unser Märgen geboren wurde. Wieviel Hoffnung hing damals an dem kleinen Neugeborenen. Jetzt steht ihm schon fünfzehn Jahre der frühe Malen in Feinbesand! Und er erzählt jedes Stück in der Vitrine seine eigene Geschichte. Sie ist wirklich ein schöner Spiegel der Vergangenheit, ein Spiegel, der nicht gebrochen darf, weil man damit die Erinnerung an vergangene, bessere Zeiten verfolgen würde. Jeder von uns hat doch einen ähnlichen Spiegel, in den er immer dann hineinsieht, wenn ihm die Gegenwart gar zu grau und düster erscheint.“

Die Fortbildung der Beamten.

Der Reichsverband Deutscher Verwaltungs-Beamten ist mit einer Denkschrift über eine planvolle Fortbildung auf die Öffentlichkeit getreten. Die Denkschrift sucht den Nachweis zu führen, daß eine planmäßige Ausgestaltung der Fortbildung zu höherer Leistungsfähigkeit der Beamten und öffentlichen Angestellten unter großer Sparsamkeit und möglichst nupringender Verwendung der knappen zur Verfügung stehenden Geldmittel ein dringendes Erfordernis darstellt. Die Fortbildung, deren Bedeutung für alle Berufsgruppen heute nicht bezweifelt werden kann, die aber durch übertriebene Ausbildung in den letzten Jahrzehnten allzu stark zurückgefallen wurde und heute durchweg veraltet betrieben wird, ist als notwendiger Bestandteil der Beamtenbildung ausdrücklich allgemein anzuordnen und ohne Gründung neuer Organisationen entschieden zu fördern. Nur auf diese Weise wird es auf die Dauer für die funktionäre des Staates möglich sein, angelehnt der gewinnbringenden Fortbildung öffentlichen wie privaten Mittel dem Fortschritt der Entwicklung auf den einzelnen Sachgebieten zu folgen, die notwendige Spezialbildung mit einer allgemeinen fachlichen Bildung zu vereinigen, das Verständnis und den Einblick in die kulturellen, sozialen, nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse unseres Volkes zu erlangen und gleichzeitig das sozio-politische mögliche Nebeneinander von verschiedenen Aus- und Fortbildungseinrichtungen zu vermindern. Praktisch kommen nach der Denkschrift für die Dauer der Fortbildung die Verwaltungs-Beamten und öffentlichen Angestellten in der Verwaltungs-Beamten sowie einzelne andere bereits bestehende Fortbildungseinrichtungen als Träger der künftigen Fortbildungsbereitungen in Frage. Gleichwohl wird der Widerspruch der Verwaltungs-Beamten erhoben, bei Erörterung der allgemeinen Bildungsfragen, sowie die des Beamtentum und die öffentlichen Angestellten betreffen, auf Grund ihrer bisherigen Erfahrungen entschieden mitzubewerten.

Beachtliches Interesse.
„Liedling“, flüsterst er, „ich kann ohne dich nicht leben. Zwar ist ich kein reicher Mann wie Hans Schmidt. Ich habe weder Haus noch Hund. Aber meine Liebe zu dir ist grenzenlos.“
„Sie umhüllt ihn.“ „Dummerchen, ich liebe dich doch. Lieber, merkt dir denn dieser Hans Schmidt?“

Sonntag, den 6. März 1932, nachmittags 4 Uhr, im „Preußischen Hof“ zu Nebra:

Die Schöpfung

Oratorium
für Soli, Chor und Orchester von Jos. Haydn
(zum 200. Geburtstag des Meisters am 31. März).

Ausführende:
Gabriel, Eva: Gertrud Köhler-Sondershausen (Soprano)
Ulrich: Carl Hehl-Obisleben (Tenor)
Raphael, Adam: Joachim Blas-Sondershausen (Bass)
Der Gemischte Chor Nebra
Der Männer-Gesangsverein Nebra
Das verkürzte händische Orchester

Dirigent: Kantor Werner Schollmann.

Beginn: 4 Uhr. Ende: 6 1/2 Uhr.
Karten zu RM. 1 00 (nummeriert), 80 und 50 Pf.
Kartenvorverkauf und Textbücher in der Buchh. W. Scharf.

Definitive Hauptprobe

Sonntag, den 6. März 1932, abends 8.15 Uhr.
Eintritt 30 Pf. — Der Eintritt des Konzertes ist für die Hofkirche der Stadt Nebra bestimmt.

Aufzuchtverluste verhütet,

Anochekrankungen vermeidet
man hier durch Weisheit von „Zwerg-Mark“
W. Brockmanns gewirte Futterstoffe - Abfalls- u. Wirtschaftung.
Was so lange für den Preisleider in Preissteigerung mit
nebenliegender Zukunfts - nie los! Nur zu schätzbar
sich vor Wadabungen! Werwollte Aufzucht
sicht gibt
W. Brockmanns „Ratgeber“
(s. Bsp.) kostenlos erhältlich in unseren
Verkaufsstellen oder direkt von
Chem. Fabrik m. b. H.
M. Brockmann Leipzig-Eutr. 806

Stadt-Hofspiele, „Preuß. Hof“
Sonntag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'
Freier:
Bobby und der Stord.
Es laden freundlich ein Borgwardt.

Schweizerhaus Vitznburg
Sonntag, den 6. März, ab 8 Uhr
BALL Tanzgeld frei!
Gefangs- und humoristische Einlagen
Es laden freundlich ein
Birgmann Der Gefangenein

KAFFEE HAG
10% billiger!
Das große Paket RM 1.46
Das kleine Paket RM 0.73
Stets frisch bei:
August Oelshag

inscrieren bringt Gewinn
STEMPEL
mit Kische und Zubehör
zu vermieten
um am 1. April beschäbar bei
Gottfried Rinkeib,
Feldstraße 14.

Malerehring
für Ofen gesucht,
Hof und Logis im Hause.
Paul Wilmann, Malermstr.,
Wiche, Wilhelmstr. 243.

Mantholz-Listen
Hobeldielen • Stabbretter
Schalhbretter • Dachlatten
Tischlerbretter in Kiefer u. Fichte
Bayerische und Pothische Kiefer
Zaunsäulen u. -Latten
Thüringer Holzwerke, Ronleben
Gottschalk & Sauer
Fernruf 263 Am Bahnhof

Drucksachen

liefert prompt und preiswert die
aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen

Buchdruckerei Wilh. Sauer

Lesen Sie
das neue
interessante
Heft
DAS MAGAZIN
Soeben erschienen Preis 1 Mark
Probehefte gegen Einsendung von 30 Pf. für Porto
Das Magazin Dr. Eysler & Co., Berlin SW 68

Neber Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neber

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Hofleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hofleben.
Geschäftsstelle in Neber: Frau Saumann Weg, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Geschäftskonto: Leipzig Nr. 22 332

Anzeigenkosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Neber — Bankverein Aetern.

Nr 28

Sonnabend, den 5. März 1932.

45. Jahrgang

Ein Schritt Lardieus.

Kollisionsvertrag zwischen Österreich, Ungarn und der kleinen Entente?

Wien, 4. März.
Aus einer Auslosung des Völker „Lemps“ geht hervor, daß Lardieu gleichzeitig auch im Namen Englands und Italiens bei seinem letzten Aufenthalt bei den Vertretern von Österreich, Ungarn und der kleinen Entente den Abschluß einer Kollisionsverträge auf dem Wege von Vorklausurarbeiten empfohlen hat.

Die „Reichspost“ schreibt hierzu u. a.: Es berührt sympathisch und trifft den heißen Kern der Frage, wenn mit aller Offenheit die Pariser Auslosung die Notwendigkeit betont, alle politischen Hintergedanken und Pläne dabei auszuschalten, und den Umriss aller bisherigen Vermittlungen für eine wirtschaftliche Verständigung im Zusammenhang darzustellen, doch durch die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Staaten in eine bestimmte Richtungsgruppe hineingezogen werden könnte. Die Donaufaaten können nicht losgerissen im europäischen Raum.

Es ist für Österreich ein ökonomisches Glück, daß es zur Lösung seiner künftigen Lage nicht bloß einer fruchtbareren Auseinandersetzung mit Ungarn und den Staaten der kleinen Entente sondern auch mit Deutschland bedarf. Es würde nicht zum Ziele führen, wenn durch die Adresse der drei Mächte, die Deutschland nicht einschloß, irgendeiner der Ansätze erweckt würde, als ob Deutschland bei einer wirtschaftlichen Verständigung Mitteleuropas ausgenutzt werden könnte. Man darf wohl annehmen, daß dies auch nicht die Absicht war.

Lardieus Anschlag auf die Donau.

Lardieu ist ein ausgezeichneter Taktiker. Nicht nur das Instrument der Innenpolitik beherrscht er meisterhaft, auch die Außenpolitik ist für ihn willkürliches Spielzeug. In der kurzen Zeit, in der er die Pariser Konferenz die Geschäfte der französischen Politik leitete, hat er eine Affaire entwickelt, die mehr ist als Betriebsamkeit. Sein neuerer Coup ist eine neue Affaire, ein neuer Anschlag auf die Donau. Gerardus demonstrativ hat er einen Kollisionsvertrag bei Österreich, Ungarn und der kleinen Entente unterzeichnet. Scheinbar harmlos und ohne Tendenz. Er löst sich nur „informieren“ über die Absichten der Donaufaaten. Selbstverständlich „ohne jeden politischen Hintergedanken“.

Schon die Falschheit dieses Kollisionsvertrages bei den frühem Staaten der österröichlich-ungarischen Monarchie ist Lardieu.

Diese Aktion trägt ganz offen ihre Spitze gegen Deutschland zur Schau. Das hat man in Wien denn auch sofort in diesem Sinne empfunden. Die Wiener Presse wendet sich mit aller Energie gegen den Vorschlag Lardieus. In der Öffentlichkeit auszuipieren. Aber nicht darin nur den Versuch zu einer umgekehrten Kollisionsverträge. Aber wer wundert sich darüber? Schon einmal hat Frankreich es verstanden, Österreich zu einem politischen Zweckobjekt zu machen, wenn es darauf ankommt, Dinge mit Deutschland auszuhandeln, die nun einmal mit Deutschland ausgehandelt werden müssen.

Die Affäre ist wohl vorbereitet.

Schon bei der letzten Wiener Kabinettskrise, die zu einer Auslosung der Großdeutschen geführt hat, hat man Zusammenhänge internationaler Art gewittert. Diejenigen, die es empfanden, werden ihre Befürchtungen von damals heute nur bestätigt finden. Aber dennoch: kein Wiener Kabinettsrat, auch das letzte nicht und auch kein fünftages, kann es wagen, die deutsche Sache in Österreich aufzugeben. Frankreich muß der Entzifferungsform in der österröichischen Öffentlichkeit zu denken geben. Frage, ob Lardieu im Ernst überhaupt an eine Verwirklichung der Donaufaaten glaubt. Hier könnte die offizielle Versicherung des „Lemps“, Frankreich begehe keine politischen Hintergedanken, ihren Sinn bekommen.

Schließlich trennen uns nur ein paar Monate, schlagfertigere und entscheidungsbereite Monate allerdings, von den zwingenden deutsch-französischen Verhandlungen über die Reparationsfrage und über das europäische Wirtschaftsproblem überhaupt. Sollte Frankreich dann bereit sein, auf die Verfolgung der Donaufaaten zu verzichten...? Die deutsche Regierung wird wasdam sein müssen.

In diesem Zusammenhang ein Wort über das Schweigen gewisser Kreise in Wien. Kein Wort hat man dort rechtzeitig vernommen über die Demande Lardieus. Und es ist bezeichnend, daß von Wien her die Frage kommt, ob denn die österröichische Regierung Berlin über alles informiert habe. Lardieu hat selbst in Genf die Demande angekündigt. Die hier erfolgte, und noch einmal fragt man in Wien: Ist Berlin hierzu in allen Einzelheiten informiert worden? Aber trüglicherweise. Sein Verstoß zur Begünstigung, wohl aber Anlaß zur Beobachtung. Die französische Politik, die sich hier zeigt, ist zu alt, als daß man ihr nicht mehr begegnen könnte. Lardieus Griff nach der Donau wird so lange scheitern, solange in Österreich die überwiegende Mehrheit deutsch denkt. Und daran wird sich nichts ändern.

Österreich soll geholfen werden.

Deutschland ist zu Vorklausurarbeiten bereit.

Wien, 4. März.
Der Bundeskanzler Dr. Buresch hat am 16. Februar 1932 an die Gehobenen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens den Appell gerichtet, Österreich bei seinen

Benennungen zur Befreiung seiner wirtschaftlichen Lage zu unterstützen. Der deutsche Gehobene Dr. Krich hat daraufhin dem Bundeskanzler erklärt, daß Deutschland zur Aufnahme alsbaldiger Verhandlungen bereit wäre.

Zur Einstellung des Bierstreiks.

Hamburg freist weitler.

Berlin, 4. März.

Der Ortsauschuß des Gastwirtsverbandes (Gastwirtsmission) hat beschlossen, seinen Mitgliedern die Einstellung des Bierstreiks ab Donnerstag früh zu empfehlen. Der Beschluß ist zustande gekommen, nachdem durch Vermittlung der Handelskammer von Regierungsseite bestimmte Zugeständnisse gegeben worden sind. Diese Zugeständnisse sind in den Verhandlungen nicht nur der Frage der Biersteuer sondern auch den übrigen Forderungen der Gastwirte bezüglich des Schanfsättelsteuergesetzes und des Rahmengesetzes zum Aufbartssteuergesetz nähergetreten worden.

Vom Ortsauschuß des Gastwirtsverbandes wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß es sich lediglich um eine Unterbrechung des Bierertrages handelt, um einen Waffenstillstand handelt. Sollten die Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, so würde der Bierstreik sofort wiederaufgenommen, und zwar wäre dann mit einer Ausdehnung der Streikbewegung auch auf das Reich zu rechnen. In Hamburg wird der Bierstreik zunächst noch fortgesetzt.

Sperre für ausländische Landarbeiter.

Abschluß einer fünfjährigen Entwidlung.

Berlin, 4. März.

Nachdem der Reichstag dem Antrag des Reichsarbeitsministeriums zugestimmt hat, nach dem 1932 ausländische Landarbeiter nicht mehr nach Deutschland herein gelassen werden dürfen, besteht ein Gesetz, das die Einreise von ausländischen Landarbeitern in Deutschland, von denen über angenommen wird, daß die Mehrzahl im laufenden Jahr Deutschland verläßt. Außerdem bleiben etwa 32.000 Inhaber von Betriebslizenzen im Land. Nach amtlichen Angaben sind diese Inhaber überwegend deutschstämmig.

Mit dem jetzigen Beschluß der Reichsregierung und des Reichsrats ist eine fünfjährige Entwidlung erfolgreichweise zum Abschluß gebracht worden. Die Zahl der Ausländer, die ursprünglich nur als Spezialkräfte für die großen Zuckerrübengebiete bestimmt waren, allmählich aber weiter vordrang, betrug 1888 etwa 40-50.000, stieg allmählich und erreichte den Höchststand von 433.000 im vorjährigen Reichsgebiet. 332.000 im jetzigen im Jahre 1931. 1930 betrug das Kontingent nach 109.000, 1931 50.000. Das schrittweise Vorgehen ist aus außenpolitischen wie aus agrarpolitischen Gründen, um insbesondere den Zuckerrübenbau nicht zu gefährden, notwendig gewesen. — Es mag dahingestellt bleiben, ob nicht ein energischeres Vorgehen früher möglich gewesen wäre, jedenfalls ist es gut, daß es jetzt erfolgt ist.

England erwägt Sondermaßnahmen.

England und die deutsche Kohleneinfuhrbeschränkung.

London, 4. März.

Im englischen Unterhaus ging der Schatzkanzler Neville Chamberlain auf die deutsche Kohleneinfuhrbeschränkung ein. Hierbei hatte er betont, daß diese deutschen Maßnahmen auf eine unterschiedliche Behandlung der englischen Kohle hinauszielten. Die englische Regierung könne die Folgen dieser Maßnahmen für die englische Industrie nicht unbeachtet lassen.

Diese Erklärung Chamberlains wird in der Londoner Presse mit großem Beifall aufgenommen. Nach Berechnungen der „Times“ ist es für die Maßnahmen Frankreichs, Deutschlands und anderer Staaten die Wahrscheinlichkeit für die englische Kohle um 8.45 Millionen Tonnen im Jahr verringert worden. „Daily Telegraph“ stellt fest, daß infolge der deutschen Maßnahmen die Einfuhrmöglichkeit für englische Kohle nach Deutschland auf 1½ Millionen Tonnen gegenüber 9 Millionen Tonnen vor dem Kriege und auf etwa 25 p. h. der regelmäßigen Nachkriegslieferungen abgedrosselt werde. Obwohl Deutschland großen Lieferluß an Kohle habe, könne es doch die englische Kohle nicht erziehen, da diese hauptsächlich Ostkohle sei, an der es in Deutschland fehle. Die englische Regierung habe alle Ursache, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und darauf hinzuwirken, daß die deutschen Maßnahmen Sondermaßnahmen gegen England seien. „Daily Mail“ fordert Annäherung der Bestimmungen über Wiedervergeltungsmaßnahmen, die im Folgenden enthalten seien. Auch „Daily Express“ weist auf diese Möglichkeiten hin.

Vergeltungsmaßnahmen in Warschau?

Polens Standpunkt zum Oberart.

Warschau, 4. März.

Zu den bevorstehenden deutsch-polnischen Unterhandlungen, die im Zusammenhang mit dem deutschen Oberart in Warschau geführt werden sollen, erklärt die halbamtliche Iskra-Agentur, daß durch diesen Meinungsaustausch in keiner Weise die Grundlage des deutsch-polnischen Handels-

vertrages vom 17. März 1930, der von Polen ratifiziert wurde, verändert werden könne. Weiter heißt es, in die Betracht der Falsche, daß der Handelsvertrag von Polen ratifiziert wurde, steht die polnische Regierung auf dem Standpunkt, daß der deutsche Oberart keine Anwendung in Bezug auf die polnische Ausfuhr nach Deutschland finden darf.

Ferner wird noch einmal hervorgehoben, daß falls der deutsche Oberart gegen Polen in Kraft treten sollte, Polen zu gleichen Maßnahmen gegen Polen und den polnischen Höflichkeit für die deutsche Ausfuhr nach Polen einführen werde. Deutschland habe es bis jetzt veräußt, den Handelsvertrag mit Polen zu ratifizieren.

Genf — China und Japan.

Genf, 4. März.

Die von der chinesischen Regierung auf Grund des Artikels 15 des Völkervertrages einkommende außerordentliche Vollversammlung des Völkervertrages, die zweite in der Geschichte des Bundes, ist unter Fortsetzung des Publikums durch den amtierenden Präsidenten des Völkervertrages Paul-Ducour eröffnet worden.

Die Versammlung tagt in dem üblichen Rahmen der ordentlichen Völkervertragsversammlung. Alle 52 Mitgliedstaaten des Völkervertrages sind vertreten. Deutschland durch den Gehobenen Dr. Buresch.

Paul-Ducour

wies einleitend darauf hin, daß die erste außerordentliche Vollversammlung im Jahre 1926 stattfand, um eine große europäische Krise, Deutschland, in den Völkerverbund aufzunehmen. Auch damals befanden große Schwierigkeiten, die jedoch überwunden worden seien. Seitdem habe die Welt dem Völkerverbund und der Völkerverversammlung ihre wertvolle Mitarbeit gemäß auf der Grundlage der Bestimmungen des Völkervertrages, der heute allmählich als ein Recht geworden ist für die Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten. Unter französischen Umständen tritt die zweite außerordentliche Versammlung zusammen. Es sei aus Möglichkeit, heute den Ernst der Lage und die Tragik der Ereignisse mitzuerleben. Der Kanonenspruch im Fernen Osten drohe den gleichen Untergang herbeizuführen, wie der Untergang von Serajewo. Ohne Völkerverbund hätte der Streit in seiner Ausdehnung und Schwerkraft einen ganz anderen Charakter angenommen.

Japans neue Bedingungen.

Auch die Wajung-Forts in japanischen Händen.

Schanghai, 4. März.

Die aus japanischen Hauptquartier amlich mittelteil, haben die japanischen Truppen nach Befehl Artilleriechef die Wajung-Forts erobert. Der Befehlshaber der Wajung-Forts und der im Dorf Wajung lebenden chinesischen Truppen hatte sich ergeben, den Rückzugsbefehl des Generals Tsai durzuführen.

Die chinesischen Truppen um die Wajung-Forts wurden von den japanischen Truppen vollkommen abgeschnitten.

In einer amtlichen japanischen Veröffentlichung werden neue Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten

zurückziehung der Artillerie werden muß, die 20-Kilometers Japan bereit, die stellen. Nach Eintreten der Einzelheiten könnten zwischen den beiden Parteien vereinbart werden. Diese Vereinbarung würde die neutralen

Bereit.

Der Ratspräsidenten der sich die schiere Waffenstillstand gleichzeitigen Zustand der Dinge macht, daß Japan auf 29. Februar nicht zugehen können im Shanghai. In dem japanischen Streit. Unter diesen Umständen würden die japanischen Truppen

den Zusammenstoß des Völkervertrages eingetroffen, wenn das Japanische Generalkomitee in Shanghai selbst mit, das das Ziel der militärischen Maßnahmen, die Sicherung des Lebens und Eigentums der Japaner, erreicht ist und deshalb das Vorgehen eingestellt werde.

Die mandchurische Abordnung bei Kaiser Kaji. Nach einer russischen Meldung aus Dairen ist dort eine Abordnung des mandchurischen Staates eingetroffen, um



Vertriebsstelle: Buchhandlung...